

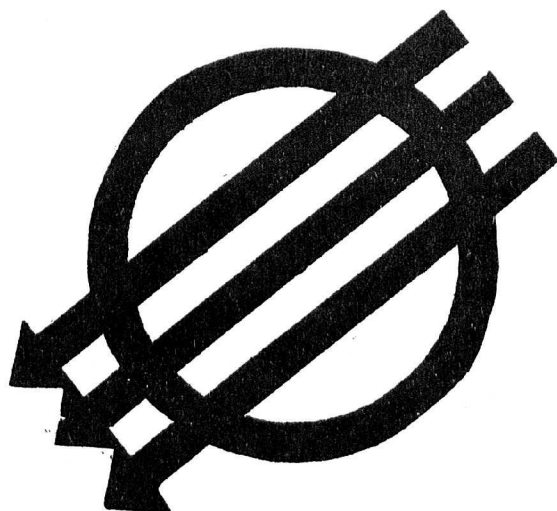
VORANZ

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.23 1990 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

SPÖ in die Offensive



Die Demoralisierungskampagne der bürgerlichen Presse gegen die Arbeiterorganisationen erhielt am 7. Oktober einen erfreulichen Dämpfer. Während die SPÖ ihre relative Mehrheit halten konnte, erlitt die ÖVP das größte Desaster in ihrer ruhmlosen Geschichte. So weit, so gut - aber Anlaß zum Jubel für Österreichs Arbeiter ist diese Wahl leider noch lange nicht.

Der Sieg der SPÖ hat einen Namen. "VRANZ" tönt es von Volkstimme bis Presse, von Pils bis Riegler und vor allem - inzwischen schon etwas penetrant - aus der Löwelstraße. Fest steht, daß die ÖVP der verdiente Verlierer ist. Aber die SPÖ hat deshalb noch lange nicht gewonnen - im Gegenteil. Vielmehr wurde das katastrophale Ergebnis von 1986 zementiert, bzw. sogar unterschritten. Noch mehr Stammwähler als bei der letzten Wahl sind aufgrund der Politik der

Parteiführung diesmal zu Hause geblieben. Dafür ist Vranitzky bzw. die Linie, die er repräsentiert und der Partei aufdrückt, letztlich in hohem Maße verantwortlich.

Ob die Vorzugsstimmekampagne tatsächlich den Ausschlag gegeben hat, ist mehr als fraglich. Der Wiener Parteivorsitzende



Den Arbeitern zum Hohn

- Große Koalition

Mayr analysierte hierzu völlig richtig: "Von den 43% Vorzugsstimmen (in Wien) waren nur 1% ohne Kreuz für die SPÖ. Das waren fast alles SPÖ-Wähler und nicht Schwarze oder Blaue." Und nicht wegen des stetigen Rechtsrucks der Parteiführung (der ja im Wahlkampf - aus gutem Grund - in den Hintergrund trat) bekam Vranz seine Vorzugsstimmen, sondern wegen des angepriesenen

Inhalt:

8. Dezember.....	3
Oktoberstreik 1950.....	4
Internationales.....	5
Schülervertretung.....	6
KV-Verhandlungen.....	7
Amis raus.....	8
Verstaatlicht!.....	10
Gegen Nazis.....	11
Cuba.....	12
Ungarn.....	14
Kampffond.....	14
Wahlkampf.....	15
Studenten statt Heer.....	15
Was wir wollen.....	16

Sauberkeits- und Antiprivilegien-Images.

Doch Vater bzw. Mutter des SPÜ-Ergebnisses dürfte weder der Kanzlereffekt noch der angeblich so hervorragende Wahlkampf (der nur Ausdruck für die Sprachlosigkeit der SPÜ-Granden war) sein. Den Umschwung im Stimmverhalten hat letztlich die Angst vor "der" Katastrophe für Österreichs Arbeiter gebracht: Schwarz und Blau an der Regierung. Dieser Alptraum mobilisierte hunderttausende Unentschlossene, trotz Skandalen, trotz Degenerationserscheinungen, trotz Kürzungspolitik, der SPÜ noch einmal die Stimme zu geben.

Doch die Schlüsse, die die Parteiführung aus dieser gerade noch abgewendeten Niederlage zieht, sind niederschmetternd. Nicht eine klare Offensive gegen alle Angriffe von rechts, sondern Weiterführung der Koalitionsregierung und -politik um jeden Preis, lautet die Linie. Aus Angst um ihre privilegierten Ministersessel und ihr bißchen Mitnaschen an der Macht (die reale Macht hat sowieso eine Handvoll Unternehmer, die weder wähl- noch abwählbar sind) gehen Vranitzky und Co. sogar soweit, "alle grundsätzlichen Forderungspunkte der ÖVP zu unterschreiben" (D. Ton F.V.).

Das bedeutet weiteres Mittragen aller Angriffe der ÖVP gegen die Bevölkerungsmehrheit. Begleitet soll das Ganze von einem weiteren Rechtsruck innerhalb der SPÜ werden. Das Nachgeben auf die Haiderische Forderung nach Änderung des Parteiensystems (wohlweislich nach der Wahl) ist ein Ausdruck dafür. Mit einer solchen SPÜ hat eine noch so geschwächte ÖVP - zumindest vorerst - keine Probleme zu koalieren. Wichtig ist für die Volkspartei nur, daß die Interessen der Unternehmer ausreichend wahrgenommen werden. Oder, wie Schlüssel es treffend beschrieben hat, die Regierung "sein klar nicht sozialistisches Programm hat". Die Rolle einer

Arbeiterpartei in einer Koalition mit den Bürgerlichen ist letztlich immer darauf beschränkt, die eigene Basis ruhig zu halten. Das ist der Preis für das "Mitnaschen" an "Macht- und Privilegienkuchen". Lachender Dritter ist bei dieser Politik jedenfalls die FPÜ. Haider und Konsorten bringen das Kunststück zusammen, vielen, von der Regierungspolitik Enttäuschten, die schlimmsten Forderungen (punkto Mieten, Sozialleistungen, Medienpolitik, Arbeitslose, Verstaatlichte... - siehe VORWÄRTS Nr.22), mit einer gehörigen Portion Demagogie als Lösungen für tatsächlich bestehende Probleme anzubieten. Die FPÜ ist unverzichtbarer Bestandteil der Strategie der Unternehmer, eine Art Reservetrumpf. Sei es nun als "freche" Opposition, die dem bürgerlichen Lager frustrierte Stimmen rettet und sie vom wirklichen Widerstand abhält. Oder als permanent möglicher Regierungspartner der ÖVP. Offensichtlich ist jedenfalls, daß die SPÜ die einzige Kraft ist, die stark genug wäre, um die "Freiheitlichen" zu stoppen (in dieser Eigenschaft haben sie auch Millionen gewählt). Doch dazu muß die SPÜ sozialistische Lösungen für die real existierenden Probleme anbieten und nicht eine Politik des Anbiedereis (z.B. in der Ausländerfrage) betreiben.

Die sozialistische Partei ist bei diesen Wahlen als die bei weitem stimmen- und mandats-



Schluß mit Phrasen -

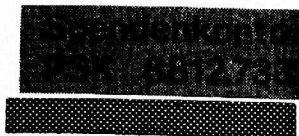
Vorwärts zu Taten

stärkste Kraft hervorgegangen. Man hat ihr (oft mit Bauchweh, manchmal aber doch nicht mehr) das Vertrauen gegeben, als Bollwerk gegen schwarz-blau und für die Interessen der Arbeiterklasse. Doch dieses Vertrauen bewegt sich auf sehr dünnem Eis. Wenn sie sich dieses Vertrauens nicht würdig erweist, wird es für die SPÜ schon sehr bald Niederlagen hageln wie heute für die ÖVP.

Die SPÜ muß Schluß machen mit allen Privilegien: **Arbeiterlohn für Funktionäre!** Sie muß Schluss machen mit Arbeitslosigkeit: **35-Stundenwoche sofort!** Sie muß Schluß machen mit Hungerlöhnen: **12.000 Schilling Mindestlohn!** Sie muß Schluß machen mit einem System, in dem in Wirklichkeit eine kleine Minderheit auf Kosten der gewaltigen Mehrheit lebt: **Vergesellschaftung aller wichtigen Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!**

Für ein solches Programm müßte die SPÜ in allen Bereichen der Partei, in den Gewerkschaften und Betrieben mobilisieren. Gegen eine von den Massen gestützte SPÜ auf Grundlage eines solchen sozialistischen Programms hätte die rechnerische parlamentarische Mehrheit von ÖVP und FPÜ weder Relevanz noch Dauer. **Keine Koalition mit den Bürgerlichen - SPÜ in die Offensive!**

John Evers SJ 5



Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Andrea Koch
Grenzackerstr.19/9/4 1100 Wien
Druck: A. Riegelnik
Piaristeng. 19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier

8. Dezember - Das ist erst der Anfang

Alljährlich vor dem 8. Dezember gibt es Vorstöße der Unternehmer, an diesem Feiertag die Geschäfte zu öffnen. Auch wenn die Gewerkschaft dem Drängen der Unternehmer nicht nachgab und keine sozialpartnerschaftliche Einigung zustande kam, wurden die Läden meist trotzdem illegal geöffnet - und geduldet!

Heuer fällt der 8. Dezember zudem auf einen Samstag - d.h. die Unternehmer fürchten um ihre Profite, die Handelsangestellten müßen einen langen Einkaufssamstag weniger schuffen.

In Salzburg hat sich die Gewerkschaft allerdings bereits auf einen Kompromiß eingelassen: Die Geschäfte werden geöffnet, die Handelsangestellten werden für ihre Arbeitsleistung am 8. Dezember mit einem 300prozentigen Zuschlag belohnt und dürfen sich darüberhinaus zu Weihnachten oder am Silvestertag freinehmen oder 1000 Schilling Entschädigung in Anspruch nehmen. Diesem "Zuckerl" für die ohnehin schlecht bezahlten Handelsangestellten gab die Gewerkschaft nach. (Wie hoch müssen die zu erwartenden Profite sein, wenn die Unternehmer 300% Überstundenentgelt anbieten?)

Diese Vereinbarung klingt zwar fair, ist in der Praxis allerdings problematisch: Die Handelsangestellten werden bereits jetzt zu überhöhten (=ungesetzlichen) Überstundenleistungen gezwungen, nicht selten unbezahlt. Die Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat und die GPA sind selten und gestalten sich gerade im Handel als äußerst schwierig. Und falls man doch erwischt wird, ist das auch nicht so schlimm, die Strafen können einkalkuliert werden. Ob die vereinbarten Regeln tatsächlich

eingehalten werden, darf bezweifelt werden. Außerdem haben die Unternehmer nun erreicht, daß der 8. Dezember als Feiertag fällt. Auch wenn die Arbeitnehmer dieses Jahr noch mit einem "Zuckerl" bedacht werden: In den kommenden Jahren werden sie am 8. Dezember ohne derartige Mehrleistungen arbeiten müssen - die Unternehmer werden einmal Erreichtes nicht freiwillig zurücknehmen und sich immer weiter gegen die Rechte der Arbeitnehmer vorwagen. Die jüngste Erkenntnis des (angeblich überparteilichen) Verfassungsgerichtshofes (die Ladenschlußzeiten sind angeblich verfassungswidrig), wird für die Unternehmer eine Ermunterung für weitere Angriffe gegen die Arbeitnehmer sein. Die Situation der Handelsangestellten darf aber nicht noch unerträglicher werden!

Es liegt an der GPA, sich gegen diese Angriffe zur Wehr zu setzen, die Arbeitnehmer zu mobilisieren und Solidaritätsaktionen zu organisieren. Anders als bei der Ladenschlußkampagne 1989, wo die Mobilisierung enorm



hoch war, darf sich die Gewerkschaft nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer auf faule Kompromisse einlassen. Anstatt dem Drängen der Unternehmer nachzugeben, ist es die Aufgabe der GPA, offensiv für eine Verbesserung der Situation der Handelsangestellten aufzutreten. Um deren Rechte nur halbwegs sichern zu können, müssen wir uns vehement gegen jede Erweiterung der Ladenöffnungszeiten wehren.

Andrea Koch SJ 5

EDITORIAL

Liebe Genossen/innen!

Die letzten zwei Monate waren dicht mit wichtigen Ereignissen für Österreichs Arbeiter besetzt. Nationalratswahlen, Beginn der KV-Verhandlungen, die Klassenjustiz beim Ladenschluß... Wir haben uns in dieser Nummer um eine ausführliche Analyse all dieser Punkte bemüht. Doch die schönste theoretische Erklärung ist nichts wert, wenn sie nicht als Anleitung zum praktischen Handeln verwendet wird. Die wichtigste Aufgabe ist es und das wird gerade in der aktuellen Situation deutlich - für eine marxistische Führung in SPÜ, SJ und Gewerkschaften zu kämpfen. Alle, die ähnliche Ziele verfolgen, und die auch aktiv etwas für die Durchsetzung einer sozialistischen Politik tun wollen, sind aufgerufen, VORWÄRTS zu unterstützen und mit uns gemeinsam zu handeln. Ein linker Massenflügel in den Arbeiterorganisationen und eine starke marxistische Kraft sind nötiger denn je.

Die Redaktion (November 90)

Oktoberstreik 1950

Im September und Oktober 1950 kam es zur größten Streikbewegung seit '45. Ursache dafür war das 4. Lohn-Preis-Abkommen (LPA), das eine weitere Verschlechterung der Situation der Arbeitnehmer mit sich brachte.

Seit 1945 erhielt Österreich Hilfsleistungen und Kredite aus dem Ausland, vor allem aus den USA. Diese Hilfsgelder sollten nun gekürzt und bis 1952 ganz abgebaut werden. (Durch die US-Intervention in Korea wurden diese Gelder nun gebraucht!) Gleichzeitig beabsichtigte man bis '52 die negative Außenhandelsbilanz auszugleichen. Um die Wirtschaft "stabil" und "konkurrenzfähig" zu machen, griff die ÖVP/SPÖ-Regierung unter anderem zum Mittel der LPA, mit dem Argument "alle Bevölkerungsschichten müßten jetzt Opfer bringen".

Diese zwischen Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaft ausgehandelten Abkommen, führten aber meist zu einer Reallohn-senkung. Bereits 1948 kam es im Anschluß an das 2. LPA zu Protesten. In Linz versammelten sich 20.000 Arbeiter auf dem Hauptplatz und das Rathaus wurde gestürmt.

4. Lohn-Preis-Abkommen

Die Verhandlungen zum 4. LPA wurden hinter verschlossenen Türen abgehalten. Das Argument der ÖGB-Führung dafür war, daß die KPÖ öffentliche Verhandlungen ausgenutzt hätte, um die Bevölkerung in Panik zu versetzen. Wenn die ÖGB-Führung aber ihrer Parole "Auf Heller und Pfennig" wirklich treu geblieben wäre, hätte sie die KP-Propaganda nicht zu fürchten brauchen. Durch ihre Geheimhaltung bewirkte der ÖGB nur, daß der Streik unorganisiert und

ohne wirkliche Führung blieb.

Ab Samstag, den 23.9., gaben die Medien erste Einzelheiten über das 4. LPA bekannt, das bereits am 26.9. vom Ministerrat beschlossen werden sollte. Vorgesehen war eine Erhöhung der Preise um 20-30% (einige Grundnahrungsmittel wie Mehl um 64%, Strom und öffentliche Tarife um 25%), die Löhne dagegen sollten nur um durchschnittlich 14% angehoben werden.

Am 26.9. begannen in vielen Teilen Österreichs spontane Protestkundgebungen und Streiks gegen dieses 4. LPA. In Wien demonstrierten 18.000 Arbeiter auf dem Ballhausplatz. Im VOEST-Werk in Linz wurde der Warnstreik vom 25.9. wieder aufgenommen. Fast alle größeren Betriebe in der oberösterreichischen Landeshauptstadt schlossen sich mit Abordnungen an eine Demonstration der VOEST-Beschäftigten an, sodaß sich etwa 20.000 Menschen auf dem Hauptplatz von Linz versammelten. In Wien, NÖ, OÖ, Salzburg und der Steiermark kam es zum Streik. Allein in Wien legten 120.000 -davon nur etwa 40.000 aus den USIA (unter sowjetischer Verwaltung stehende) Betrieben - die Arbeit nieder.

KPÖ

Die KPÖ war von der Streikbewegung selbst überrascht worden, hatte sich dann aber massiv beteiligt. Es nahmen aber auch viele SP-Betriebsräte und SPÖler an dem Streik teil.

Als der Streik bereits zu

bröckeln begann, brach die KPÖ ihn von ihrer Seite her am 28.9. ab. Sie rief für den 30.9. zu einer "gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz" auf, an der mehrheitlich KP'ler teilnahmen. Die SPÖ-Führung hatte ihre Mitglieder veranlaßt, nicht zu kommen und boykottierte die Konferenz. Es nahmen somit nur etwa 3% aller österreichischen Betriebsräte teil. Sie erstellten ein Forderungspaket und setzten der Regierung ein Ultimatum. Sollten ihre Forderungen (Zurückziehung der Preiserhöhungen oder Verdoppelung der im Abkommen vorgelegten Erhöhungen bei Löhnen, Gehältern, Pensionen etc., keinerlei weitere Preiserhöhung und gesetzlicher Preisstopp, keine weitere Abwertung des Schillings) nicht erfüllt werden, so würde es am 4.10. automatisch zum Generalstreik kommen. Obwohl die Regierung das Forderungspaket nicht erfüllte, kam es nur vereinzelt zu einer Wiederaufnahme des Streiks. Die Propaganda von Regierung und ÖGB-Führung, daß es sich um einen "kommunistischen Putschversuch" handle, hatte gegriffen. Dort wo das nichts nützte, gab es Drohungen mit Entlassung und organisierte Prügeltrupps. Die Theorie vom Putsch wird nur noch in Geschichtsbüchern vertreten, Historiker und Gewerkschaft (Solidarität Nr.717) sehen das



heute anders. Die KPÖ wäre 1950 weder in der Lage gewesen, einen Putsch zu machen, noch hätte sie es gewollt. Sie war zahlenmäßig zu schwach und in der Bevölkerung gab es Mißtrauen, entstanden durch die Berichte aus den "Volksdemokratien". Zudem war die KPÖ-Führung damals nichts weiter als ein verlängerter Arm der Bürokratie in Moskau. Und die war an einem Putsch nicht interessiert. Aus "Rücksicht auf sowjetische Interessen" (der Streik kostete den USIA-Betrieben immense Summen) wurde der Streik dann auch abgebrochen. Dieser Abbruch war letztlich das eigentliche Ende des Streiks.

Auf KP-Seite kam es während des Streiks zu vereinzelt Gewaltaktionen, die gierig aufgegriffen wurden, um die gesamte Streikbewegung in Mißkredit zu bringen. Auf der anderen Seite sorgten Olahs Prügeltrupps und die Polizei für "Ruhe und Ordnung". Olah (Chef der Bauarbeitergewerkschaft, dann ÖGB-Präsident später Innenminister und verurteilter Finanzverbrecher), organisierte Gruppen von Bauarbeitern, rüstete sie mit Holzknüppeln aus und schickte sie gegen kommunistische "Rollkommandos" los. (Olah wurde später wegen diverser Verfehlungen, z.B. zwangte er Gewerkschaftsgelder für die Kronzeitung ab, aus der SPÖ ausgeschlossen.) Nach dem Ende des Streiks wurden führende Gewerkschaftsfunktionäre der KPÖ aus dem ÖGB ausgeschlossen und in zahlreichen Betrieben kam es zu Entlassungen (z.B. bei der VOEST 400, bei Steyr 300).

Der Zusammenbruch des Streiks wird gerne als Sieg der Demokratie dargestellt. Aber die Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse in diesem Streik und die Vorgangsweise von ÖGB und SPÖ-Führung hatten ganz andere Folgen.

Sozialpartnerschaft

SPÖ- und ÖGB-Führung erklärten den außerparlamentarischen Klas-

senkampf für überholt, propagandierten, daß an seine Stelle der parlamentarische Kampf für den sozialen Wohlfahrtsstaat treten müsse und öffneten damit der Institution Sozialpartnerschaft Tür und Tor.

Anstatt offen gegen die LPA aufzutreten und mit der ÖVP zu brechen, haben sich SPÖ- und ÖGB-Führung gegen den Streik gestellt. Sie haben nicht auf der Seite der Arbeiter gekämpft, sondern mit allen Mitteln versucht, diesen Staat, der die soziale Lage der Arbeiter in den Jahren davor nicht verbessert hatte, aufrecht zu halten. Während es im Zuge des Wiederaufbaus zu Gewinnen bei den Unternehmern gekommen war, mußten die Arbeiter durch die LPA Reallohnverluste hinnehmen.



Polizei schützt überhöhte Preise

Hier wäre es die Aufgabe der SPÖ gewesen, gemeinsam mit den Arbeitern das Kapital zu enteignen und unter Arbeiterkontrolle zu stellen. Die Aufgabe der SPÖ ist es nicht, die Gewinne der Unternehmer zu sichern, sondern die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Wenn sich die SPÖ an die Spitze dieses Streiks gestellt, sich klar von den stalinistischen Staaten distanziert (viele Arbeiter beteiligten sich nicht an dem Streik aus Angst, ebenfalls eine "Volksdemokratie" zu werden), und eine echte Alternative aufgezeigt hätte, wäre dieser Streik ein großartiger Sieg für die österreichische Arbeiterklasse geworden.

Nach wie vor halten SPÖ und ÖGB an der Sozialpartnerschaft fest, da sie den "sozialen Frieden sichern". In Wirklichkeit sichert sie aber nur günstige Bedingungen für die Unternehmer.

Es ist endgültig an der Zeit, die Strukturen des ÖGB grundlegend zu demokratisieren. Die Kollektivvertragsverhandlungen müssen öffentlich sein und es dürfen keine Entscheidungen über die Köpfe der Gewerkschaftsbasis hinweg gefällt werden. In Arbeitskämpfen wendet der ÖGB den Streik so gut wie nie als Kampfmittel an, sondern setzt auf Verhandlungen. Natürlich sollte man auf Verhandlungen nicht grundsätzlich verzichten, aber den Streik als Kampfmittel auszuschließen, nimmt dem ÖGB seine stärkste Waffe.

Forderungen wie z.B. die gleitende Lohnskala, die es bereits 1950 gab, sind noch immer nicht erfüllt. Diese und noch andere Forderungen könnten aber erfüllt werden, wenn die Gewerkschaft die Sozialpartnerschaft über Bord werfen und kämpferisch die Interessen der Arbeiter vertreten würde.

Sonja Grusch SJ 23

INTERNATIONALES

Osteuropa: Noch immer keine Spur von Aufbruchsstimmung meint die bürgerliche Zeitung "Die Presse". Kein Wunder, der Finanzierungsbedarf für Osteuropa ohne SJ beträgt nur für '91 4,2 Billionen öS. Ohne westliche Hilfe - keine funktionierende Marktwirtschaft. Aber der Westen hat zur Zeit keine großen Ambitionen zu investieren, kommentiert "Die Presse" weiter. Kein Wunder, kann der Kapitalismus schon seine eigenen Probleme nicht lösen (z.B. wird das Budgetdefizit der USA nächstes Jahr auf annähernd 4 Billionen öS klettern) kommentieren wir.

Schülervertretung - Aber wirklich!

Die Schülervertretung ist neuerdings gehörig durcheinander gekommen. Der Wiener Berufsschul-Landeschulsprecher Martin Wolfram - SJ- und AKS-Funktionär - brach in eine schwarze Domäne ein und wurde - als erster Lehrling in der Geschichte der Schülervertretung Bundesschulsprecher. Doch man wird sehen was er daraus macht.

Obwohl im letzten Jahr eine Novelle des SchVG (Schülervertretungsgesetz) beschlossen wurde, hat sich an der Praxis nichts geändert. Zwar heißen der Landes- und Bundesschülerbeirat jetzt "Vertretung", aber die Kompetenzen blieben die selben.

Es beginnt damit, daß die Schülervertretung absolut undemokratisch aufgebaut ist. Zwar wird der Klassensprecher noch in Direktwahl gewählt, doch Tages- und Schulsprecher werden beieinander von mehr von einer Minderheit, von den Klassen - beziehungsweise Tagessprechern - gekürt.

Daß dadurch in der Vergangenheit ein Widerspruch zwischen den Vertretern und der Basis entstanden ist, wurde vor allem beim Schülerstreik 1987 offensichtlich, als ein großer Teil der offiziellen Schülervertreter inaktiv blieb.

In der jetzigen Fassung des SchVG ist zwar die Neuwahl von Landes- und Bundesschülervertretern vorgesehen, nicht aber deren Abwahl. Das heißt, man ist darauf angewiesen, daß ein unfähiger Schülervertreter von selbst zurücktritt. Beispiele aus der Geschichte gibt es wohl nicht allzu viele.

Neben diesem Mißstand gibt es natürlich noch zahlreiche andere. Zum Beispiel die Tatsache, daß die ehemaligen "Beiräte", die ja nur beratende Funktion hatten, diese Kompetenz den jetzigen "Vertretungen" übergeben haben. Mehr Macht gibts

abs

nicht. Anliegen der Vertretungen, die an das Unterrichtsministerium und an Landes- und Stadtschulrat herangetragen werden, können daher nach wie vor abgewiesen oder ignoriert werden. Von Mitsprache und Möglichkeit der Vertretung der Schüler und Lehrlinge kann daher nach wie vor nicht die Rede sein.

Eine weitere Ungereimtheit sei hier noch erwähnt: Bekanntlich ist für die AHS- und BHS-Schüler das Unterrichtsministerium verantwortlich. Aber für die Lehrlingsausbildung sind das Unterrichts- und das Wirtschaftsministerium zuständig. Letzteres darüber hinaus auch noch für 4/5 der Lehrzeit, nämlich der Zeit, die man im Betrieb verbringt. Doch im Wirtschaftsministerium gibt es keine Vertretung der Lehrlinge. Daher werden Anliegen der Lehrlinge beim Unterrichtsministerium mit dem Hinweis auf mangelnde Kompetenz von vornherein abgewiesen. Das nennt man Berufsschülervertretung.

Martin Wolfram hat jetzt die Möglichkeit, zu zeigen, was Sozialisten unter konsequenter Vertretung von Schülern und Lehrlingen verstehen. Er hat die Möglichkeit - im Gegensatz zu seinen UHS - Vorgängern - offen einzugestehen, daß er auf keine wirklich demokratische Weise gewählt worden ist, daß dieses Gremium, dessen Vorsitzender er ist, absolute Feigenblattfunktion hat, und er - nur mit den vorhandenen Gremien - keine Möglichkeit der tatsächlichen Vertretung von Lehrlingsinteressen sieht.

sen sieht.

Er hat die Möglichkeit zu zeigen, daß Schüler und Lehrlinge gemeinsam wichtigere, aber ungehörte Probleme haben, als irgendeinen Paragraphen in einem Schulgesetz. Und er hat die Möglichkeit aufzustehen, und zu sagen, daß Bildung im Interesse der Auszubildenden, und nicht im Interesse der Wirtschaft und nicht im Interesse des Bundesbudgets zu stehen hat.

Es sei dahingestellt, ob diese Punkte bei seinen Kolleginnen und Kollegen in der Bundesschülervertretung eine Mehrheit finden werden. Doch als aufrechter Sozialist muß er zu seinen Grundsätzen stehen, und darf nicht, unter dem Vorwand der Mehrheitsfindung faule Kompromisse eingehen.

Wir hoffen, daß wir am Ende seiner Amtsperiode eine positive Bilanz seiner Arbeit ziehen können.

Daher fordern wir:

- * Jederzeitige Möglichkeit der Ab- und Neuwahl von Landes- und Bundesschülervertretern.
- * Mehr Aufklärungsarbeit in den Schulen über Sinn und Aufgaben der Schülervertreter.
- * Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten unter Gewerkschafts- und Lehrlingskontrolle.
- * Ausgliederung der Lehrlingsausbildung aus dem Kompetenzbereich des Wirtschaftsministeriums.

Jimmy Müller SJ 20



Für eine demokratische Schülervertretung

KEINE FAULEN KOMPROMISSE!

Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen der "Sozialpartner" Gewerkschaft und Unternehmervertreter stehen wieder ins Haus.

Die Gewerkschaftsführung gibt sich kämpferisch: Die Forderungen reichen von Erhöhungen über 10% bis zur Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden. Das Argument der Gewerkschaft: Die Arbeitnehmer sollen vom Wirtschaftsaufschwung und von den hohen Profiten der Unternehmer wenigstens einen Teil abhaben.

Wie nicht anders zu erwarten, erwiderten die Unternehmer sofort, daß man bei den Lohnforderungen mäßig sein solle, denn Österreichs Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit stehe auf dem Spiel, an Arbeitszeitverkürzung sei gar nicht zu denken. Sogar der SPÖ-Vorsitzende Vranitzky heult mit den Unternehmern und fordert im Hinblick auf die Budgetsanierung maßvolle Lohnabschlüsse! Offensichtlich ist es sogar bereit, für ein Zustandekommen der großen Koalition auf die Forderung nach 10.000 Mindestlohn zu verzichten.

Die Metaller fordern eine Erhöhung der Ist-Löhne um 8,7% der Kollektivvertragslöhne um 11%. Der Vorsitzende der MBE-Gewerkschaft Nürnberger sagte, daß die Gewerkschaft auf keinen Fall unter die Vorjahresabschlüsse gehen werde (Ist-Löhne 5,5%, KV-Löhne 7%). Die Unternehmer ihrerseits bieten eine Erhöhung der Ist-Löhne um 3,3% und der KV-Löhne um 4,3% an. Das würde im Bereich der Inflationsrate liegen oder sogar darunter! Außerdem fordert die MBE auch noch die rechtliche Angleichung von Arbeitern und Angestellten und die 35-Stunden-Woche. Die Beamten fordern 9% und die GPA-Handel 10,8% Lohnerhöhungen. Die Unternehmer jammern über die Ölkrise, die ihre Gewinne verringern wird, und halten die

Lohnforderungen der Gewerkschaft für "unrealistisch". Und das, wo sogar das Wirtschaftsförderungs-institut zugeben muß, daß in den letzten 5 Jahren die Unternehmerprofite mehr gestiegen sind als die Löhne.

Aber die Unternehmer zeigen eine ungebrochene Kampfbereitschaft, wie ihr Vorgehen beim Konflikt um den 8. Dezember beweist. Die Gewerkschaften werden von ihnen beschuldigt, durch zu hohe Forderungen das soziale Klima und die Konjunktur zu gefährden. Kein Zweifel: Die Unternehmer sind bereit, für ihre Profite zu kämpfen. Aber ist auch die Gewerkschaftsführung bereit, für unsere Rechte und Forderungen nach mehr Lohn und Arbeitszeitverkürzung zu kämpfen? Die GPA erklärt im "Angestelltenjournal" vom Oktober '90 die Forderungen an die Regierung: "Die GPA erwartet sich das politische Bekenntnis zur ÜGB-Forderung nach Abschluß eines Generalkollektivvertrags zur 35-Stunden-Woche und 10.000 Schilling Mindestgehalt bei Vollbeschäftigung." Auch die Forderungen zu Themen wie Privatisierung, Steuerpolitik und Arbeitsverfassung lesen sich radikaler als früher. Und dennoch: Kein Vertrauen für die ÜGB-Führung, für die Bürokraten, die jahrelang geschlafen haben, oft Kämpfe der Basis für mehr demokratische Rechte im ÜGB und

für mehr Lebensqualität verhindern haben und mit den Unternehmern oft genug gemeinsame Sache gegen die Arbeitnehmer gemacht haben oder faule Kompromisse eingegangen sind!

Wir können uns nur auf unsere eigene Stärke verlassen. Wer, wenn nicht wir, die Mitglieder der Gewerkschaft, könnten etwas erreichen - Demokratie für den ÜGB, um eine wirklich kämpferische Vertretung von Arbeiterinteressen zu werden!

Die Kollektivvertragsverhandlungen werden wahrscheinlich zeigen, daß die jetzige ÜGB-Führung nicht an Kampf denkt, daher kann nur der Druck von der Basis dafür sorgen. Mit einer entschlossenen, kämpferischen Gewerkschaft wäre mehr möglich - mehr Lohn, mehr Schutz für Arbeiter, und 35-Stunden-Woche sofort!

Die Unternehmer denken nur an ihren Gewinn - das haben wir alle schon erlebt. Es wird Zeit, daß die Gewerkschaft entschieden für die Rechte aller Lohnabhängigen eintritt. Wir fordern Protest- und Kampfmaßnahmen während der Kollektivvertragsverhandlungen, um die Stärke der Arbeiterbewegung für die Durchsetzung aller unserer Forderungen zu nutzen und um die Unternehmer wieder in die Defensive zu treiben.

Thomas Kerschbaum SJ 20



Die Gewerkschaft muß für höhere Löhne und 35-Stunden-Woche kämpfen

Amis raus

Über 200.000 Soldaten und ein riesiges Aufgebot an modernsten Kriegsmaschinen hat die US-Regierung in Saudi-Arabien zusammengezogen. Die BRD und Frankreich leisten militärische Hilfe, Japan sichert Saudi-Arabien Finanzhilfe zu. Die UdSSR steht auf Seiten der USA gegen deren ehemaligen Verbündeten Irak. Die ganze "freie" westliche Welt rüstet zum Kreuzzug gegen den Irak und dessen Diktator.

Die Regierungen der USA, Großbritanniens und ihrer NATO-Partner senden Truppen in den Golf, um die wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten zu schützen. Die kapitalistischen Industriestaaten brauchen billiges Öl, ein unentbehrlicher Rohstoff, dessen Förderung und Transport gesichert sein müssen. Die kapitalistischen Staaten haben Saddam Hussein bewaffnet, als er noch ein "guter Freund" des Westens war. Die Staaten, die die Truppen der NATO aufnehmen, werden von korrupten Ülscheichs und Diktatoren beherrscht, die jegliche demokratischen Bestrebungen brutal unterdrücken. So weit zur Moral und zu den Interessen der USA & Co. Der Einmarsch der irakischen Armee in Kuwait, das brutale Vorgehen der irakischen Truppen, die eine Million starke Armee, der Krieg gegen die Kurden und vieles mehr machen die ablehnende Haltung großer Teile der Arbeiterschaft der westlichen Welt gegenüber dem Irak verständlich. Außerdem spüren besonders die Lohnabhängigen die Preiserhöhungen z.B. bei Benzin und Heizöl. Aber die Arbeiterbewegung muß die NATO-Intervention im Golf bekämpfen. Wir müssen einen eigenständigen sozialistischen Standpunkt einnehmen.

Angst vor den Massen

Wir wollen den Sturz der Diktatur von Saddam Hussein und der Baath Partei. Das Regime im Irak ist verantwortlich für den Tod und die Verfolgung tausender Kurden, Arbeiter, Linker und Oppositioneller und für die Opfer des Iran-Irak-Kriegs. Die einzige Kraft, die für den Irak wirkliche Demokratie erkämpfen kann, ist die irakische Arbeiterschaft. Warum unterstützen die NATO und die UNO die korrupten Scheichtümer, warum lieben ihrerseits die arabischen Staaten die Stationierung von US-

Truppen auf "heiliger" arabischer Erde zu? Es ist die Angst vor den arabischen Arbeitern, vor den Millionen verarmter Menschen, die einen unbändigen Haß auf den US-Imperialismus und die reichen Scheichs haben. Kein Wunder also, wenn die religiösen Fundamentalisten Zulauf haben. Sie predigen den "heiligen Krieg" und versprechen soziale Gerechtigkeit. Auch Saddam Hussein geht weiter in Richtung religiöser Propaganda, um die arabischen Massen zu mobilisieren. Noch fehlt die sozialistische Alternative, die den Arbeitern Weg und Ziel geben kann.



**DU SPIELST
MEIN SPIEL!**

Gegen den US-Imperialismus

Die USA erleben derzeit eine wirtschaftliche und politische Krise. Das vehemente Vorgehen der Regierung Bush, die den Krieg konsequent vorbereitet, soll über die Krise hinwegtäuschen. Die labile kapitalistische Weltwirtschaft könnte durch die Golfkrise in den Abgrund, an dem sie ständig steht, hinabstürzen.

Doch bereits jetzt rührt sich der Protest in den USA - nicht nur gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung - es gibt bereits Protestmärsche gegen die Intervention im Golf. Letztendlich werden die Arbeiter in den USA, die jetzt schon unter sinkendem Lebensstandard leiden, auch noch die Kosten der Militäraktion zu tragen haben (z.B. neue, höhere Steuern). Die Regierung der USA und ihre Verbündeten nutzen die Situation für eine massive Propaganda. Die internationale Arbeiterbewegung muß sich entschlossen gegen den US-Imperialismus stellen, muß Maßnahmen zu seiner Schwächung und Niederlage ergreifen.

Aber gleichzeitig dürfen wir keine Zweifel über Saddam Husseins Regime aufkommen lassen: Das Baath-Regime ist eine bürgerliche Militärdiktatur, die die soziale Revolution der arabischen Arbeiter und Bauern unterdrückt. Die nationale und soziale Befreiung des palästinensischen und arabischen Volkes hängt von den Kämpfen der Massen ab. Saddams militärisches Vorgehen hat die Ursache in der imperialistischen Politik der USA und anderer kapitalistischer Staaten. Das irakische Regime kämpft um sein Überleben, hetzt die irakische Bevölkerung in den nächsten Krieg und nützt die Situation, um die Armee auszubauen und die Arbeiter und Oppositionellen noch stärker zu unterdrücken. Nun scheint das Wirtschaftsembargo erste Auswirkungen auf den Irak zu haben - Hussein zeigt Anzeichen zum Einlenken. Der durch das Embargo

hervorgerufene Engpaß trifft vor allem die ärmere Bevölkerung. Die Wirtschaftskrise im Irak ist durch das Embargo noch verschärft worden. Das Regime hat enorme Ausgaben für Armee und Kriegsmaschinerie und gleichzeitig enorm gesunkene Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Diese explosive Situation könnte Unruhen und Revolten (auch in der Armee) hervorrufen. Husseins Regime steht unter starkem Druck und sucht nach einem wirtschaftlichen und politischen Ausweg. Das ist der Grund für die diplomatischen Annäherungsversuche Husseins an Frankreich, GB, die USA und Saudi-Arabien. Aber selbst wenn die USA es schaffen würden, Saddam zu schlagen, würden neue Kämpfe gegen den

Ausweg aus Elend und Krieg

Die blutige Rolle des Imperialismus und die Verbrechen der Marionettendiktaturen im Mittleren Osten lassen nur eine Schlußfolgerung zu. Einzig die Arbeiterklasse kann die Gesellschaft vom Alptraum Armut, Unterdrückung und brutalem Krieg befreien.

Wir sind gegen die Intervention der USA und der anderen kapitalistischen Mächte. Wir sind gegen jede Unterstützung des US-Imperialismus, auch im Mäntelchen der UNO. Trotzdem: keine Unterstützung für Saddams Militärdiktatur oder andere Diktaturen. Wir unterstützen den berechtigten Kampf des arabischen Volkes gegen den Imperialismus.



Unter dem Vorwand für Recht und Freiheit zu kämpfen,
müssen US-Soldaten ihr Leben für Ölmagnaten aufs Spiel setzen

Imperialismus entstehen. Auch revolutionäre Massenbewegungen, die sich nach einem möglichen Sieg des Iraks entzünden könnten, machen Saddams Politik nicht zu einer fortschrittlichen Strategie. Vielmehr könnte diese Situation (Krieg und Aufrüstung) die Bevölkerung in noch größeres Elend und Unterdrückung werfen - Hussein zeigt Anzeichen zum Einlenken. Der durch das Embargo

Dieser kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn die arabischen Massen ihre nationalistischen Herrschercliquen stürzen und sich auf der Basis einer sozialistischen Föderation des Mittleren Ostens vereinigen.

Thomas Kerschbaum SJ 20

Verstaatlicht!

Unter Arbeiterkontrolle!

In den ehemals stalinistischen Staaten Osteuropas setzt man nun voll auf die Karte "Marktwirtschaft" und selbst die Arbeiter haben große Illusionen in die Privatwirtschaft nach westlichem Muster.

Diese (propagierte) Hochkonjunktur konservativer Ideen wollen auch Österreichs Bürgerliche nützen und gehen nun voll in die Offensive. Wahlkampfbrochüren der ÖVP zufolge soll die nächste Legislaturperiode ganz und gar im Zeichen der Zerschlagung der Verstaatlichten stehen. Die "Entlastungspartei" ÖVP hat tatsächlich schon sehr konkrete Vorstellungen, welche Betriebe man wie am besten unters Kapital bringen könnte. Unter dem Vorwand, daß Österreich unter allen westeuropäischen Staaten den höchsten Staatsanteil aufweist, fordert man die raschest mögliche Privatisierung einer Reihe von Betrieben "in Bundesbesitz". Zu den genannten Betrieben - die übrigen durchwegs Gewinne bilanzieren und dem Steuerzahler keineswegs auf der Tasche liegen - gehören unter anderem der Bundesverlag, die österreichische Salinen AG, die Austria-Tabak Werke, die österreichische Staatsdruckerei, die Radio Austria AG, etc. Außerdem sollen die verstaatlichten Banken, CA und Länderbank, vollends verkauft werden.

Umso bedauerlicher ist die Haltung der SPÖ-Führung in dieser Frage. Sie versucht zwar bremsend zu wirken, aber prinzipiell vertritt sie - obwohl nicht so radikal - die selben Pläne wie die ÖVP.

So weit, so schlecht. Als jedoch die Betriebsräte der genannten Unternehmen von den Plänen der ÖVP Wind bekamen und sofort die Belegschaften infor-

mierten, wurde eines klar: Die etwa 4000 betroffenen Beschäftigten wollen keine sozialen und wirtschaftlichen Verschlechterungen hinnehmen. Und die Empörung der Arbeiter ist durchaus berechtigt. Die geplanten Privatisierungen würden für viele einen sozialen Abstieg bedeuten. Errungene Sozialleistungen, Betriebsvereinbarungen und für diese Branchen überdurchschnittliche Gehälter wären - so ein Betriebsrat der Staatsdruckerei - gefährdet. Da private Besitzer die Rationalisierungen im Produktionsbereich noch um einiges rascher vorantreiben würden, als es bereits derzeit geschieht, muß man mit verstärktem Leistungsdruck, Straß und wohl auch mit Entlassungen rechnen.

Umso erfreulicher ist die Tatsache, daß die Betriebsräte - mit Ausnahme der "schwarzen" Arbeitervertreter(?) - angesichts der drohenden Verschlechterungen für diese Arbeitsplätze kämpfen wollen. Als erste Aktion wurden in allen genannten Betrieben Unterschriftenlisten aufgelegt. Da die Arbeiter in großer Zahl gegen die Privatisierungen unterschreiben, dürften es hier die Privatisierer der ÖVP schwerer als erwartet haben. Ein



Alle Räder stehen still - Wenn Vranz die Verstaatlichte zusperrt

weiteres Plus für die Arbeiter ist das solidarische Zusammenarbeiten der Betriebsräte über Betriebsgrenzen hinweg.

Trotzdem darf man nicht verschweigen, daß die Betriebsräte in der Vergangenheit dem Druck der Regierung, der Parteien sowie den drastischen Belegkämpferreduzierungen zuwenig entgegengehalten haben. Diese Fehler könnten sich nun durchaus negativ auswirken. Außerdem droht der Widerstand der Arbeiter einmal mehr an der Isolation zu scheitern. Denn sowohl SPÖ als auch ÖGB-Führung sind nicht bereit, diese Bewegung offen und kämpferisch zu unterstützen. Umso leichter werden die Bürgerlichen ihre Privatisierungspläne realisieren können, wobei kapitalträchtige und arbeitnehmerfeindliche Konzerne (Hier hätten ÖVP/FPÖ auch sicher nichts gegen "Ausländer" einzuwenden) den alleinigen Nutzen hätten. Um dies erfolgreich verhindern zu können, dürfen sich die Betriebsräte jedoch nicht wieder von den Gewerkschaftsbürokraten einschläpfen lassen und müssen auf radikalere Maßnahmen wie Streiks etc. zurückgreifen.

Für uns Sozialisten ist es eine Selbstverständlichkeit, gegen die Privatisierungskampagne der Bürgerlichen entschieden aufzutreten, uns mit den betroffenen Belegschaften zu solidarisieren und somit die Interessen der gesamten Arbeiterbewegung zu vertreten. Aber darüber hinaus muß die sozialistische Bewegung die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien begleitet durch den Aufbau der Arbeiterdemokratie in Betrieb und Gesellschaft fester Bestandteil ihrer Politik sein.

Gernot Trausnuth SJ-Sommerein

Gegen Nazis - Aber wie

Für den 5.10. riefen SJ 5, SJ -Antifagruppe, KJÖ, die Besetzer des Ernst - Kirchweger - Hauses und andere zu einer antifaschistischen Demonstration auf.

Dieser Termin wurde festgelegt, um vor den Wahlen noch einmal auf antifaschistische Inhalte hinzuweisen. Sobald bekannt wurde, daß die Demo nicht angemeldet war (allerdings nicht wegen eines Fehlers der SJ-Wien, wie allgemein behauptet wurde, sondern eines einzelnen SJ-lers) kam es zu Verhandlungen. Der Streitpunkt war die Frage, ob nur eine Standkundgebung genehmigt würde, oder die ganze Demo.

In dieser Situation meinte der Vorsitzende der SJ-Wien, Weidinger, daß die SJ bei einer etwaigen Demo nicht mitgehen würde. Gleich darauf erklärte die SJ 5 per Megaphon, bei einer friedlichen Demo auf jeden Fall mitmarschieren zu wollen.

Während der Verhandlungen kam es inner - und außerhalb der Demo zu einigen Wackeln (einige Leute meinten nachher, es wären Faschisten in der Demo gewesen). Der schwarze Block (jener Teil bei "linken" Demos, in dem vorwiegend "Autonome" marschieren) ging los, und wurde sofort von der Polizei eingekesselt.

Der SJ-Block, der während der Verhandlungen zwischen Schwarzem Block und Polizei gestanden war, wurde von einigen SJ-Funktionären und der Polizei abgedrängt. Nachdem innerhalb der SJ vor der Demo die Parole ausgegeben wurde, zusammenzubleiben, herrschte ziemliche Verwirrung. Als die SJ-ler merkten, daß sie von der Demo abgespalten werden sollten, war es zu spät. Eine Polizeikette drängte die SJ ab. Doch nicht nur der schwarze Block, auch Genossen der SJ 5 waren im Kessel, die allerdings im letzten Moment noch entkommen konnten.

Die Polizei gab bekannt, daß die Demonstranten einzeln nach Ausweisleistung hinaus könnten. Die Polizei veranstaltete an vielen Stellen des Kessels äußerst brutale Prügel Szenen (lt. Augenzeugen).

Wir wollen abschließend einiges feststellen: Wir distanzieren uns ausdrücklich nicht von dieser Demo. Wir stehen aber zudem, was unser Genosse am Anfang der Demo gesagt hat: Die SJ 5 geht mit, aber gewaltfrei. Dies allerdings nicht, weil wir Gewalt prinzipiell ablehnen, sondern weil wir glauben, daß Gewalt in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation als politisches Mittel mehr schadet als nützt. In einer geänderten Situation kann Gewalt ein durchaus notwendiges politisches Mittel sein.

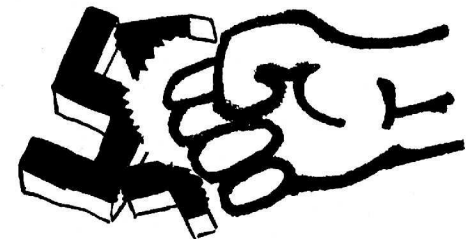
Wir kritisieren die Polizei für ihre durch nichts zu rechtfertigende Vorgangsweise. Wir kritisieren aber auch jenen Teil der Autonomen, der losmarschierte. Haben sie wirklich geglaubt durch diesen Polizeikordon durchzukommen? Nach vielen Gesprächen mit Autonomen, glauben wir das nicht. Dann kann es also nur Verantwortungslosigkeit oder ein politischer Fehler gewesen sein. Vor allem, wenn man bedenkt, daß viele ausländische Kollegen auf der Demo waren, die durch das isolierte Vorgehen eines Teils des schwarzen Blocks in Gefahr gebracht wurden. (Die auf die Ausweis-

leistung möglicherweise folgende Abschiebung kann z.B. für kurdische Kollegen Folter und Tod bedeuten.)

Weiters kritisieren wir die Tatsache, daß es trotz unserer wiederholten Aufforderung bei den Antifa-Plenas nicht zu einem einheitlichen Orderdienst kam. Mit einem funktionierenden Orderdienst wäre einiges besser gelaufen (So hätte wahrscheinlich die Spaltung der Demo verhindert werden können).

Weiters liegt der Verdacht nahe, daß diese Demo für die Polizei eine Vorbereitung auf zukünftige Ereignisse war. Wir meinen, daß wir, wenn wir nicht im "linken Ghetto" rumkrebren wollen, 1. dafür sorgen müssen, daß Leute, die auf unsere Demos kommen, auch geschützt werden, und 2. vor allem unter den Arbeitern massenhaft mobilisieren und werben müssen, um die Leute gegen den Faschismus auf die Straße zu bringen. Dann wird es uns auch möglich sein, solche Mengen auf Demos zu bringen, daß uns die Polizei nicht mehr einkesseln oder/und knüppeln kann.

P.S.: Angeblich kursierte bei der Polizei vor der Demo das Gerücht, es wäre eine Pro-Rotstilzchen-Demo. In wessen Interesse es ist, daß die Polizisten nicht erfahren, daß es sich um eine antifaschistische Demo handelt, sei dahingestellt. Mitglieder verschiedener SJ-Bezirke



Sozialismus oder Tod

CUBA IN DER KRISE

Fidel Castro, der 1959 mit anderen Guerrilleros die Führung der kubanischen Revolution bildete, vertrat bei seinem Machtantritt kein sozialistisches, sondern ein radikaldemokratisches Programm. Dieses sollte die politische Unabhängigkeit von den USA verwirklichen. Heute gebärdet er sich als der letzte aufrechte "Marxist-Leninist".

Auf den 2. Blick ist das nicht verwunderlich. Die USA waren über den Fall der Batista-Diktatur, einer ihrer vielen Marionettenregierungen, nicht begeistert. Sie boykottierten die kubanischen Zuckerlieferungen, die 70-85% des Handels ausmachten. Nur durch das Einspringen der Sowjetunion konnte das Regime gerettet werden. (Aus strategischen und politischen Überlegungen unterstützte die Sowjetunion Cuba mit massiver Wirtschaftshilfe und Waffenlieferungen.)

Aber die Revolution ging weiter als Castro es ursprünglich geplant hatte. Bauern besetzten das Land der Großgrundbesitzer (8% besaßen 70% des Landes) und die Arbeiter streikten für höhere Löhne. All dies zwang Fidel Castro und seine Mitstreiter, die Verwirklichung ihrer Forderungen, wie nationale Unabhängigkeit mit der Abschaffung des Kapitalismus zu verknüpfen, d.h. auch Enteignung der Yankeeunternehmen und Landreform.



Che- in ihm sah Castro eine potentielle Gefahr für die Bürokratie

In Kuba gab es nie eine Arbeiterdemokratie wie in der Sowjetunion vor der stalinistischen Entartung, denn das Sagen in Wirtschaft und Gesellschaft hatte immer die Führungsschicht um Castro und der mächtige Parteiapparat. Trotzdem brachte die Revolution für die Massen große Verbesserungen.

Errungenschaften

Die soziale Situation Kubas ist einzigartig in ganz Lateinamerika. Der Bedarf an Grundnahrungsmitteln ist weitgehend gedeckt und es gibt eine relativ gute Sozialversorgung - im Gegensatz zu "3. Weltländern". Durch die gute ärztliche Versorgung

ist die Kindersterblichkeit nicht größer als in Österreich! Die Lebenserwartung stieg in den 30 Jahren seit der Revolution von 54 auf 74 Jahre. Während es vor der Revolution noch 28% Analphabeten gab, machen sie heute nur noch 1-3% der Bevölkerung aus. Auch Frauen sind in Kuba bessergestellt als in vergleichbaren Regionen.

Wirtschaftsprobleme

Trotz dieser unbestreitbaren Erfolge kann über zunehmende Stagnation (= Stillstand) nicht hinweggesehen werden. Die Ursachen dafür liegen in der bürokratischen Struktur der Wirtschaft. Nicht demokratische Kontrolle und Verwaltung regeln die Abläufe, sondern die Interessen einer privilegierten Schicht von Bonzen. Kritik und Initiativfreiheit gibt es nicht. Das hat schwere Auswirkungen auf die Wirtschaft. So verderben z.B. große Teile der Ernte in den Lagerhäusern, weil die Waren nicht angeboten werden dürfen, bevor sich nicht das Landwirtschafts-, Binnenhandels- und Transportministerium auf die Preise geeinigt haben! Doch solche Probleme gab es früher auch schon. Nun stellen aber die Neuordnung Osteuropas und die tiefe Wirtschaftskrise der Sowjetunion Kuba vor schier unlösbare Probleme.

Bis vor kurzem erhielt Kuba ca. 50% des Bruttosozialpro-

duktes als Hilfgelder von der Sowjetunion. Weiters nahm sie Kuba den Zucker zu mehr als dem doppelten Weltmarktpreis ab. Doch damit ist jetzt Schluß. Ab 1991 hört die Begünstigung Kubas auf. Alle Lieferungen der Sowjetunion werden dann in harten Dollars berechnet. Die UdSSR lieferte im 1. Halbjahr 1990 nur 4 statt 6 Millionen Tonnen Erdöl, auch Rohstofflieferungen aus den ehemaligen Ostblockländern blieben aus. Eine Fortdauer dieser Versorgungsprobleme könnte hunderttausenden Kubanern ihre Arbeit kosten. Bisher wurde aus diesen Gründen bereits die Papier- und Nickelindustrie geschlossen. 500.000 der 10 Millionen Kubaner sind bereits arbeitslos.

Die Zuckerrohrernte kam fast zum Stillstand, da viele LKWs keinen Treibstoff mehr hatten. Ungarische Autobusse stehen still, weil Ersatzteile nur mehr gegen Devisen geliefert werden. Im Supermarkt bekommt man Waren nur noch über einen Zuteilschein.

Die Chancen, daß sich die Lage verbessert, stehen äußerst schlecht, weil Kuba zu 90% Güter produziert, deren Preis am Weltmarkt hoffnungslos verfällt. (wie Zucker, Zitrusfrüchte und



Castro spricht viel - aber das Volk soll schweigen!

Nickel.) Daran ist nicht zuletzt die Sowjetunion schuld, die die Zuckerproduktion förderte, anstatt die Industrialisierung voranzutreiben und Kuba somit vom Export - vor allem in die SU - abhängig machte. Der einzige aufstrebende Wirtschaftssektor ist der Tourismus. Er ist schon einträglicher als der Zuckerexport!

Imperialistische Aggressionen

Da die UdSSR nun jede eigenständige Außenpolitik aufgegeben hat, und die Wirtschaftskrise in Kuba wütet, hat der US-Imperialismus wieder an Selbstvertrauen gewonnen. Nach den Sandinisten in Nicaragua will er jetzt auch Castro loswerden.

Nachdem die Yankees seit 5 Jahren "Radio Marti" auf Kuba ausstrahlen, soll diesem nun auch ein Fernsehprogramm folgen. Die republikanische Regierung läßt es sich 7,5 Millionen \$ kosten, das Regime Castros unter der Bevölkerung zu diskreditieren. Die Amis beschränken sich nicht auf propagandistischen Druck. Anfang Jänner eröffneten US-Behörden auf ein mit kubanischem Chrom beladenes Schiff das Feuer, unter dem Vorwand es könnte Rauschgift mit

sich führen. Als das Schiff schwer beschädigt den mexikanischen Hafen Tampico erreichte, stellte sich heraus, daß es außer Chrom nichts mit sich führte.

Auch wirtschaftlich soll Kuba in die Knie gezwungen werden. US-Außenminister Baker machte die weitere Unterstützung der Perestrojka davon abhängig, ob Moskau seine Unterstützung für Kuba einstellt. Kuba muß jetzt, so der ZK-Sekretär Aldana auf den Bau von Spitälern, Schulen und Kindergärten verzichten.

Die Wirtschaftskrise, der Druck des US-Imperialismus und das Ausbleiben von Hilfe aus der Sowjetunion werfen ein düsteres Bild auf die Zukunft Kubas. Staats- und Regierungschef Castro hat die Losung "Sozialismus oder Tod" ausgegeben. Eine inhaltlich richtige Fragestellung. Denn sein Regime, das jede Initiative der Arbeiter unterdrückt, vermag die großen Probleme der Zukunft nicht zu lösen. Eine sozialistische Demokratie ist die einzige Chance für die Kubaner.

Wenn die Massen das jetzige Regime nicht stürzen und durch eine demokratische Planwirtschaft ersetzen, wird der Imperialismus Castro hinwegfegen und das bedeutet wirklich den Tod des sozialen Fortschritts auf Kuba. Trotz aller Bürokratie müssen wir Kuba gegen den US-Imperialismus verteidigen und unsere Solidarität mit dem kubanischen Volk zeigen. Gleichzeitig müssen wir aber aufzeigen, daß nur der Sturz der Bürokratie Kuba retten kann. Die Errichtung einer demokratischen Planwirtschaft in Kuba wäre das Signal für die Arbeiter und Bauern von ganz Lateinamerika, ihre eigenen Regime zu stürzen und damit die Basis für ein sozialistisches Lateinamerika zu legen.

David Mum SJ 23

UNGARN

Am Donnerstag, den 25.10. kündigte die bürgerliche Regierung Ungarns die Erhöhung der Benzinpreise um 65% an. Am Freitag kam es in ganz Ungarn zu Protestaktionen.

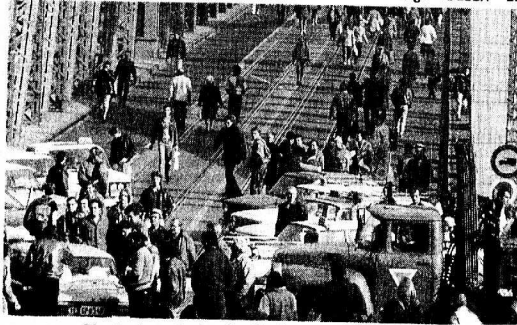
Für die Preiserhöhungen gibt es mehrere Gründe: Während Ungarn sein Öl früher von der Sowjetunion zu Preisen weit unter den Weltmarktpreisen bezog, muß es nun auf andere Quellen ausweichen. Auf den Weltmarkt sind die Preise aber infolge der Golfkrise gestiegen und auch jenes Öl, das Ungarn noch von der Sowjetunion be-

zurücknahme, sie auch die Bahnlagen blockieren würden.

Bei Redaktionsschluß war noch nicht klar, wie sich die Situation weiterentwickeln wird. Nach den schweren Schocks, die die Regierung durch ihr Kürzungsprogramm den ungarischen Arbeitern bereitet hat, könnte sie nun den Bogen überspannt haben. In der Bevölkerung scheinen die Aktionen auf Solidarität gestoßen zu sein. Die Treibstoffpreiserhöhungen werden laut Schätzungen zu einer Erhöhung der Verbraucherpreise um 4-6% führen.

Wir werden in der nächsten Nummer von VORWÄRTS einen genauen Bericht und Analyse der Ereignisse bringen.

Sonja Grusch SJ 23

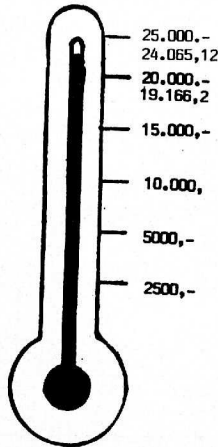


Blockade auf der Freiheitsbrücke in Budapest

zieht, muß nun in harten Dollars bezahlt werden. Zudem kommt noch, daß die Regierung versucht, das immense Staatsdefizit unter anderem durch hohe Benzinsteuern in den Griff zu bekommen.

Als die 65% Preiserhöhung bekannt wurde, kam es zu einem spontanen Streik der Taxifahrer. In Budapest wurden die Donaubrücken blockiert, auch in anderen Städten kam es zu ähnlichen Aktionen. Bald beteiligten sich auch LKW-Fahrer an dem Streik und es kam zu Blockaden auf Autobahnen, Einfahrtsstraßen und in den Städten durch Taxis und LKW's.

Sonntag abend drohten die Streikenden, daß, falls die Regierung die Teuerungen nicht



KAMPFFOND

KAMPFFONDOZIEL ERREICHT!

Dank der zahlreichen Spenden konnten wir unser Kampffondziel (20.000,- bis Jahresende) bereits Ende Oktober erreichen! Dieser Meilenstein in der Geschichte unserer Zeitung konnte nur dank der großartigen Unterstützung von Lehrlingen, Arbeitern, Schülern und Studenten gesetzt werden.

Beim Volksfest erregte ein VORWÄRTS-Bücher- und Informationsbuch großes Interesse. Viele, oft gerade junge Kämpfer und andere GenossInnen waren direkt erfreut, mindestens aber interessiert mit uns zu diskutieren. Insgesamt flossen dem Kampffond durch Bücher- und Buttonsverkauf Ös 1740,9 zu. Durch Infotische bei verschiedenen Wahlveranstaltungen kamen noch einige hundert Schillinge herein. Besonders zu erwähnen sind noch 2 Einzelspenden: Erwin Göd von der SJ 23 spendete Ös 50,- und Wolfgang Flurschütz spendete seinen gesamten Gewinn der Wahllette (auch eine Kampffond-Aktion). Insgesamt erhielten wir Ös 4899,12.

Durch die große Unterstützung ist es uns gelungen, unsere Auflage um 20% zu erhöhen. Außerdem konnten wir unseren Büchertisch enorm vergrößern. Zu unseren nächsten Zielen gehört die Anschaffung eines zweiten Textverarbeitungsgerätes. Um unsere Zeitung noch professioneller herstellen zu können sind wir weiterhin auf eure Spenden angewiesen. Wir haben deshalb unser Kampffondziel für 1990 nicht für abgeschloßen erklärt, sondern es auf Ös 25.000,- erhöht. Mit Eurer Hilfe geht es weiter VORWÄRTS!

Spendenkonto
PSK 8812733

Wahlkampf: Am Beispiel SJ5

Die SPÖ hat diesmal wohl den inhaltslosesten Wahlkampf in ihrer Geschichte. Einen Wahlkampf der anderen Art, führte hingegen die Sozialistische Jugend Margaretens.

Unter dem Slogan: "SPÖ wählen - SPÖ verändern, gingen wir für eine sozialistische Politik in die Offensive. Zu vier Themenbereichen: Kommunales, Jugend, EG, SPÖ erstellen wir in höherer Auflage Informationsblätter, Aufkleber und Plakate. Letztere fanden wir komischerweise mitten auf ÖVP- und FPÖ Plakatständern wieder.

Die inhaltliche Stoßrichtung war klar: SPÖ wählen - als Massenpartei der österreichischen Arbeiterklasse und um Schwarz/Blau zu verhindern. SPÖ verändern: Um die rechte Politik zu beenden und für ein sozialistisches Programm in der sozialistischen Partei zu mobilisieren.

Zur Unterstützung unserer Forderungen (35-Stunden-Woche, Mindestlohn, Arbeiterlohn für

Funktionäre, Vergesellschaftung und Arbeiterkontrolle) sammelten wir hunderte Unterschriften, vor allem aus dem Bereich junger GenossInnen. Auf mehr als einem Dutzend Diskussionsveranstaltungen (durchschnittlicher Besuch 12 -30 Leute) debattierten und informierten wir ausführlich über die politischen und sozialen Anliegen der lernenden und arbeitenden Jugend. Auch eine Aussendung an alle Jungwähler im Bezirk (ca. 2500) gehörte zu den zahlreichen Aktivitäten. Besonders erfreulich war, daß immer wieder neue Leute zu den Gruppenabenden erschienen. Wir sind zuversichtlich, einige davon zu den zukünftigen "BezirksaktivistInnen" rechnen zu können.

Ein spezielles "Schmankerl" war kurz vor dem Wahltag ein Streitgespräch mit der Jungen ÖVP Margaretens. Schon die Mobilisierung zeigte die unterschiedliche Verankerung in der Jugend: ca. 25 Jungsozialisten gegen 3 (in Worten: drei!) JVPler. Was

folgte, war eine regelrechte Hinrichtung der adretten Jungschwarzen (ein kleiner Vorgeschmack auf den 7.Oktober). Keinem einzigen sozialistischen Argument konnte ernsthaft widersprochen werden. Vor allem in der Abtreibungsdebatte (der JVP - Obmann ist laut profil beim OPUS DEI) und bei Grundsatzfragen, zeigte sich die Überlegenheit marxistischer Konzepte. Leider waren wir die einzige Bezirksorganisation in Wien, die einen eigenständigen, kämpferischen Wahlkampf führte. Auch erhielten wir von der SJ-Wien keinerlei Unterstützung bei unseren Aktionen.

Insgesamt bedeutete der Wahlkampf eine enorme Stärkung der Sozialistischen Jugend Margaretens. Bedanken möchten wir uns vor allem bei den GenossInnen aus einigen anderen Bezirken (SJ 10, SJ 13, SJ 20 und SJ 23) die uns stets aktiv unterstützten.

Johnny Evers SJ 5

Studenten statt Heer

Am 17.10.90 protestierten rund 10.000 Studenten und Professoren gegen den Platzmangel an den Universitäten.

Aktueller Anlaß war die Roßauer Kaserne: Als die Verkehrspolizei das Gebäude verließ, wurde es dem Wissenschaftsministerium für die Uni versprochen. Als der zuständige Gebäudereferent für 1 Woche auf Urlaub war, gelang es Verteidigungsminister Lichal den Wissenschaftsminister Busek von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Roßauer Kaserne für das Bundesheer zu nutzen.

Es stellt sich nun wieder einmal die Frage: Wohin mit den Studenten? Es gibt steigende HöreInnenzahlen. Auch die neuen

Technologien (EDV, moderne Labors...) brauchen Platz. Seit Jahren mietet man in der Nähe der Uni Räume an und lehrt dort. Anfang 90 kam man auf die glorreiche Idee, Teile der Uni Wien nach Floridsdorf auszusiedeln - was zusätzliche Fahrzeiten von etwa 45 min (1 Richtung) bedeutet hätte. Bereits 1987 beim Schüler- und Studentenstreik war die Forderung nach mehr Platz ein Hauptanliegen. Seither ist nicht viel geschehen. Busek hat sich zwar im Wahlkampf mit der "Museumsmilliarde" geschmückt, findet mehr Raum für die Unis aber offensichtlich nicht so wichtig. Stattdessen träumt er von seinen angloamerikanischen

Vorbildern: "Im Hinblick auf die EG müssen die Studien international kompatibel werden." Heißt das auch Numerus Clausus, Aufnahmeprüfungen und Studiengebühren? Bereits jetzt arbeitet jeder zehnte Student ganzjährig neben dem Studium, 40% arbeiten "nur" in den Ferien. Die Uni aber darf nicht zur Elite-Uni werden, darf nicht nur für Leute mit Geld besuchbar sein. Das kostenlose Schul- und Uniwesen ist hart erkämpft worden und muß verteidigt werden. Dazu gehört aber auch, daß man den Studierenden alle Möglichkeiten für ein sinnvolles Studium gibt. Das heißt genügend Stipendien, genügend Professoren und Assistenten, und genügend Räume.

Sonja Grusch SJ 23

WAS WIR WOLLEN

LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

BILDUNG

* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

UMVERTEILUNG

* Für die Einführung der

gleitenden Lohnskala! Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

* Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitenden Bevölkerung!

* Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals. Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken!

VERSTAATLICHTE WIRTSCHAFT

* Schluß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der verstaatlichten Industrie!

* Keine Privatisierung der verstaatlichten Wirtschaft, im Gegenteil Ausbau der Verstaatlichung auf die Großindustrie, Banken, Versicherungen und Großgrundbesitz!

* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen!

FÜR EINE GEPLANTE WIRTSCHAFT

* Planen wir die Wirtschaft

nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!

* Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel!

* Demokratische Planung, Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Staaten zu verhindern!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

SPENDET FÜR

VORWÄRTS

Spendenkonto
PSK 8812.733



Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

.....

Anschrift

.....

Ich möchte

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50,- öS ○

10 Ausgaben zu 100,- öS ○

ein VORWÄRTS-Förderabo ○

zu öS ... beziehen ○

(ab 50,- öS)

Auslandsabo(5 Ausgaben:80.-) ○

Einsenden an:

VORWÄRTS c/o Andrea Koch, Grenzackerstraße 19/9/4, 1100 Wien